



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XI/153 - 6. Juli 1956

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 218 31-33
Fernschreiber 0 326 890

Geschichtlicher Freitag	S. 1
Frankreich und der Atom-Pool	S. 3
Begegnung mit der Evangelischen Kirche	S. 5
"Hat die SPD noch eine Chance?" (Buchbesprechung)	S. 6

Tragische Entscheidung

sp. Es liegt eine tiefe Tragik darin, dass die schwerste, das Leben des ganzen Volkes unmittelbar berührende Entscheidung dieses Bundestages noch in seiner letzten Sitzung des vergangenen Beratungsabschnittes gefallen ist. Wenn der Bundestag am 17. September wieder zu seiner Abschluss-Session der zweiten Legislaturperiode zusammentritt, wird alles, was er auf dem Gebiet der Wiederbewaffnung noch zu beschliessen hat - Organisationsgesetz, Kriegsdienstverweigerung, Landesbeschaffung, das Gesetz über einen Wehrbeauftragten u.a.m. - nur Ergänzung und Variation der am 6. Juli von der Koalition getroffenen grundsätzlichen Entscheidung sein.

Die Einführung der Wehrpflicht in der Bundesrepublik, dem größeren Teil Deutschlands, hat im deutschen Volk einen Graben aufgerissen, der tiefer ist als jener Graben zwischen Westen und Osten. Diese Erkenntnis überragte jede andere Überlegung und die Diskussion der Einzelfragen. Die Aufstellung zweier deutscher Armeen auf der Grundlage der Wehrpflicht vertieft aber nicht nur die Kluft zwischen der Bundesrepublik und Mitteldeutschland, sie spaltet auch die Bevölkerung in der Bundesrepublik selbst in zwei Lager, mehr, als das bei politischen Gegensätzen von normaler Bedeutung der Fall zu sein pflegt. Vor allem die Jugend, also der Teil des Volkes, auf das sich das Gesetz in erster Linie bezieht, bringt - das beweisen Stellungnahmen und Stimmen aus dem ganzen Lande - kein Verständnis für die Art und Weise

der Behandlung dieser Frage durch die Mehrheit des Bundestages auf, ganz abgesehen davon, dass sie die Wehrpflicht innerlich verneint.

Es ist ein weiter Weg von dem seinerzeitigen, unerbetenen Angebot des Bundeskanzlers, einen westdeutschen Verteidigungsbeitrag zu leisten, bis zu der Verabschiedung des Wehrpflichtgesetzes durch den Bundestag - im Regierungssinne freilich auch ein konsequenter Weg. Seine markanteste Zwischenstation war der vergebliche Versuch mit der EVG, der die Entwicklung, wie sie von jenem Angebot des Kanzlers ausging, nur vorübergehend unterbrach. Statt diese, auf die Haltung Frankreichs zurückgehende Entscheidung zu einer neuen Initiative in der Wiedervereinigungsfrage zu benutzen, konzentrierte sich die Aufmerksamkeit und die Energie der Bundesregierung darauf, so schnell wie möglich eine Ersatzlösung zu finden, um in jedem Fall die westdeutsche Bewaffnung sicherzustellen. Man fand sie in der Westeuropäischen Union mit ihren Bindungen an die NATO.

War schon vor Jahren der Wert des westdeutschen Verteidigungsbeitrages in militärischer wie in politischer Hinsicht als Mittel zur Wiedervereinigung und zum Schutze der Bundesrepublik vor möglichen Angriffshandlungen aus dem Osten äusserst unstritten, so ist er in der Zwischenzeit durch die waffentechnische, damit zusammenhängend, die politische Entwicklung noch weiter gesunken. Heute wirkt auf jeden Unvoreingenommenen der vorliegende Plan der Bundesregierung, ein 500 000-Mann-Heer in möglichst kurzer Zeit und in enger Anlehnung an frühere Vorstellungen, von dem, was militärisch notwendig ist, auf die Beine zu stellen, unwirklich und fast gespenstisch.

Auch den Sprechern der Regierungsparteien ist dieser Umstand natürlich nicht verborgen geblieben. So war ein grosser Teil ihrer Bemühungen darauf gerichtet, diesen Eindruck zu verschleiern. Freilich reichten die Argumente dafür nicht aus - die Macht der Tatsachen ist zu gross, die mit dem stürmischen Marchen der nuklearen Waffentechnik verbunden ist. Anderswo wird das erkannt, wird die Frage der Wehrpflicht zur Diskussion gestellt, wie z.B. in Grossbritannien und einigen anderen Ländern. Aber in der Bundesrepublik bleibt man unbelehrbar, beharrt man auf einem weitgehend überholten Prinzip, dessen schwindender Wert sich von Jahr zu Jahr klarer erweisen wird.

Vor dieser Entwicklung und den Erkenntnissen, die sich daraus ergeben, wird man sich auf die Dauer nirgends verschliessen können. Vielleicht wird dies dann dazu beitragen, die Voraussage Erlers Wirklichkeit werden zu lassen, die er am Schluss seiner Rede am Freitagvormittag machte: "Dieses Gesetz wird nicht von Bestand sein", weil es keine Sicherheit und keinen wirklichen Schutz gibt. Ein anderes Parlament werde andere Wege gehen müssen.

Echte und unechte Argumente gegen Euratom

o.s. - Paris

Der sachliche Beobachter steht heute in Frankreich vor einem ihm unbegreiflichen Phänomen. Diese gerade für Freunde und Bewunderer des französischen Geistes unerklärliche Erscheinung zeigte sich in aller Deutlichkeit besonders klar in der letzten Woche, bevor, am vergangenen Donnerstag, die Debatte der Nationalversammlung über die Euratom-Vorlage einsetzte: Parlamentarier, die nicht als "nationalistisch" gelten, erweckten bei Unbefangenen den Eindruck, dass sie bewusst an der tatsächlichen Situation des Landes vorbeisehen.

Man muss sich die jetzige Lage Frankreichs einmal vorstellen, um zu erfassen, um was es geht. Seit 16 Jahren kommt die Nation militärisch nicht zur Ruhe. Indochina ging verloren. Die Protektorate Marokko und Tunesien sind zu unabhängigen Staaten geworden, die mit Frankreich zwar theoretisch verbunden und verbündet, in Wirklichkeit aber doch eben recht unabhängig sind. In Algerien tobt ein Krieg. Mehr als eine halbe Million sind dort eingesetzt. Dieser Krieg kostet ungeheure Beträge, während infolge des Ausfalls an Arbeitskräften die industrielle Produktion im Heimatland in zunehmendem Maße nachlässt. Die Währung, deren offizieller Kurs unverändert geblieben, hat auf den freien Märkten bereits erhebliche Kurseinbußen erlitten.

Zweifelloch ist Frankreich trotz dieser Rückschläge und Anstrengungen nach wie vor eine Macht, die über viele Quellen verfügt. Es ist auch als geistige Macht in Europa führend. Beides aber ändert nichts daran, dass es im Vergleich zu den "Kolossen", nämlich den USA und der Sowjetunion ein Zwerg ist - der weitaus grösste der kontinental-europäischen Zwerge, aber eben doch ein Zwerg. Und dennoch wehren sich namhafte Franzosen mit allen zur erdenklichen Argumenten gegen jede wirkliche Zusammenarbeit mit anderen kontinentalen Staaten und ganz besonders mit Deutschland.

Die Begründungen sind unbegreiflich - gerade bei einem Volk, das mit Recht im Rufe steht, in Sachen der Logik unangreifbar zu sein: Würde man, so lautet das Hauptargument, die Euratom-Gemeinschaft herstellen, so wäre in kurzer Zeit Deutschland in ihr führend, und "unser Atomprogramm würde vom Ausland abhängen"! Da Deutschland technisch und industriell besser ausgerüstet sei als Frankreich, werde die französische Industrie an die Wand gedrückt werden. Ferner sei Frankreichs

Souveränität bedroht.

Selbst wer voraussetzt, dass die wirtschaftlichen Argumente zutreffen, muss sich über die Unlogik der Schlussfolgerungen wundern. Denn wenn die Möglichkeit besteht, einen so gefährlichen Konkurrenten durch eine Vereinsbildung unter Kontrolle zu halten und sich ausserdem dessen angebliche Stärke nutzbar zu machen, so dürfte das richtiger sein als ihn sich selbst zu überlassen. In Wirklichkeit allerdings spielen die wirtschaftlichen Argumente nicht die erste Rolle. Jener Hinweis auf die bedrohte Souveränität spielt eine zweifellos grössere, und ein anderes Argument, das nur gelegentlich erwähnt wird, darf ebenfalls nicht übersehen werden.

Dieses Argument kommt jenen Politikern, die auf die "Souveränität" pochen, sehr zustatten. Unter diesem Begriff wollen sie die vollkommene Entscheidungsfreiheit auf allen Gebieten verstanden haben, obwohl eine solche Freiheit keinem einzigen Mitglied der Vereinten Nationen und keinem einzigen Mitglied der NATO zur Verfügung steht. Immerhin - so argumentieren die Verfechter der "Souveränität" - gehört Frankreich im Rahmen dieser beiden Organisationen zu den "Grossen Drei", während es im Falle der Bildung der Euratom-Gemeinschaft zu den "Kleinen" zählen würde. Mag sein, dass für etliche Gegner der geplanten Gemeinschaft in dieser Doppelfiktion wirklich etwas Überzeugendes steckt; Anhänger aber finden sie nicht so sehr wegen der Unlogik ihrer ausgesprochenen Überlegungen als infolge ihres unausgesprochenen Mißtrauens gegenüber der Bundesrepublik.

Wachsendes Mißtrauen

Die Entwicklung innerhalb der Bundesrepublik, die starke Inanspruchnahme von Kräften aus dem "Dritten Reich", die Geisteswandlung, die sich im Aufbau der Bundeswehr ausdrückt - was wurde erst geredet, und was wird jetzt getan - die Reden gewisser Offiziere und Minister, die Tendenz maßgebender Männer "Gen Ostland reiten" zu wollen: alles dies ballt sich in der Seele des "kleinen Mannes" zu einem ständig wachsenden Mißtrauen zusammen. Von alledem, sagt er, möchte er sich distanzieren. Mit einem so wandelbaren Partner, meint er, hat man besser so wenig wie möglich zu tun. Doch da man dergleichen nicht gern öffentlich ausspricht, schliesst man sich denen an, die "auf jeden Fall dagegen" sind. "In Deutschland lebt der nazistische Geist", schrieb ein linksstehender Politiker in diesem Sommer voll Ingrimm, und so findet er sich bei sei-

ner Ablehnung der Euratom-Idee in ungewollter Gesellschaft des weit rechts stehenden Senators Michel Debré, der den Euratom-Plan als "vom Ausland gegen Frankreich gerichtetes Komplott" bezeichnet.

Die in der Öffentlichkeit gegen den Atom-Pool vorgebrachten Argumente sind demnach zwar keinesfalls überzeugend und erst recht nicht logisch. Aber man muss sich hüten, sie alle für bare Münze zu nehmen, denn zu einem bedeutenden Teil sind sie die Folge jener innenpolitischen Entwicklungen in der Bundesrepublik, die von der Regierung Adenauer geduldet oder gar gefördert wurden.

* * *

Kirche und Partei

G.G. In der Heimvolkshochschule Bergneustadt der Friedrich-Ebert-Stiftung fand vom 2.-4.7.1956 eine Begegnung zwischen evangelischen Theologen und Nicht-Theologen und sozialdemokratischen Politikern statt. Ihr Thema war die Frage "Woher nehmen wir die Verantwortung für öffentliches Wirken?", das durch Vorträge von Oberkirchenrat Heinz Kloppenburg, Dortmund und Willi Eichler, Vorstandsmitglied der SPD, Bonn, eingeleitet wurde.

Diese Tagung knüpfte an verschiedene vorangegangene Gespräche im gleichen Kreise an. Diese Aussprache sollte vertieft und die Wurzeln gemeinsamer Haltung verantwortungsbewusster Menschen im kirchlichen und im politischen Raum aufzeigen. Es bestand selbstverständlich Klarheit darüber, dass die Kirche niemals Partei und die Partei niemals Kirche sein kann und soll, dass aber die Kirche dem politischen Geschehen ebensowenig gleichgültig gegenüberstehen, wie eine politische Partei es an Verständnis für die Bedeutung der Kirche fehlen lassen darf.

Den Gesprächspartnern war gemeinsam die Erkenntnis, dass im Mittelpunkt allen öffentlichen Bemühens die Bewahrung der Existenz und der Würde des einzelnen Menschen stehen müsse. Weitgehende Einigkeit bestand auch in der Beurteilung der Erscheinungen des modernen gesellschaftlichen Lebens, die den Menschen sich selbst entfremden, ihn zu einem Objekt ihr bedrohender, anonymer Kräfte und Mächte macht, ihn

in unwürdige Abhängigkeit bringt und seinen Entschluss zur Selbstgestaltung seines Lebens in der Gemeinschaft hemmen. Freiheit, soziale Gerechtigkeit, Mitmenschlichkeit und Verständigungsbereitschaft im Inneren und zwischen den Völkern wurden als Ziele der Gesellschaftsgestaltung erkannt, - Ziele, die sich nur in einem demokratischen Gemeinwesen verwirklichen lassen.

Das evangelische Christentum und der demokratische Sozialismus haben ihrem Wesen und ihrer Struktur nach eine tiefe innere Beziehung zur Demokratie und sind in einer durch totalitäre Mächte gefährdeten Welt auch besonders verpflichtet, die Demokratie zu unterbauen und lebendig zu machen, wobei Demokratie nicht nur als mit bestimmten äusseren Formen ausgestattete Institution, sondern als Lebenshaltung verstanden werden muss. Aus dieser Erkenntnis ergibt sich auch die Notwendigkeit der Zusammenarbeit zwischen Kirche und politischer Partei. Die von machtpolitischen Interessengruppen künstlich errichtete Front zwischen Christentum und Sozialismus muss als das entlarvt werden, was sie ist: ein Manöver, um Privilegien und Machtensprüche ideologisch zu verbrämen.

In vier Arbeitsgemeinschaften wurden Fragen der Innen- und Aussenpolitik, der Wirtschaftspolitik und der Schul- und Kulturpolitik behandelt. Die Ergebnisse dieser Arbeitsgemeinschaften stellten eine Ergänzung der Einleitungsreferate dar und waren getragen von dem Willen zur Verständigung und praktischen Zusammenarbeit, die sich auch in den Vorträgen von Kloppenburg und Eichler zeigten. Der Vorschlag, diese Gespräche fortzusetzen, wurde sehr begrüsst und die Einladung von Pfarrer Becker, dem Leiter der Evangelischen Akademie Haus Ortlahn in Iserlohn, dankbar angenommen.

* * *

Voreingenommen und subjektiv

W.P. Kurz vor dem Parteitag der Sozialdemokraten, der den Kurs der Partei für die nächsten zwei Jahre festlegen wird, erschien in einem Münchner Verlag das unter obigem Titel seit dem Herbst vorigen Jahres angekündigte Buch des Schriftstellers A.W. Uhlig. Der Verlag wird kaum erwarten können, dass es auch nur einen Teil der Resonanz hervorrufen wird, wie der erste Band von Ellwein über "Klerikalismus in der deutschen Politik". Nicht weil vom Thema her weniger Aktualität, Problematik und Interesse vorlägen, sondern weil der Herausgeber aus unbekanntem Gründen auf gewisse Voraussetzungen hinsichtlich der Auswahl des Verfassers verzichtete, die nur einmal erfüllt sein sollten, will

6. Juli 1956

eine "Streitschrift" auf Seriosität, d.h. objektive Darstellung und unvoreingenommenes Urteil, Anspruch erheben können.

Denn A.W.Uhlig ist der SPD gegenüber Partei. Als langjähriger Mitarbeiter des Presse- und Informationsamtes der Regierung Adenauer und hervorragender Interpret und Propagandist ihrer Politik fehlt ihm verständlicherweise sowohl ein unabhängiger Standpunkt zur SPD als auch die Möglichkeit, ihre Politik anders als im Sinne der Regierungspropaganda zu interpretieren. Wenn man daher nicht sagt, wer Herr Uhlig ist, so verschweigt man eine für die Bewertung der Gesamttenenz des Buches wichtige Tatsache und verletzt damit das Gebot der Fairness gegenüber der SPD.

Denn die Öffentlichkeit wird selbstverständlich annehmen müssen, dass ein solches Buch, wenn es der Isar-Verlag herausbringt, von einem absolut unabhängigen und unvoreingenommenen Standpunkt aus geschrieben ist. Sie wird nicht vermuten, dass mit dem Buch in Wirklichkeit "mitten im Wahlkampf" (für die Bundestagswahl 1957) - wie der Verfasser selbst offen zugibt - ein geschickt getarnter Angriff gegen die politische Konzeption der SPD gestartet wird, und zwar mit seit Jahren bekannten Propagandafloskeln der CDU, nur eingehüllt in den Mantel scheinbarer Überparteilichkeit. Entschloss sich der Verlag schon zur Herausgabe eines Buches über dies Thema von diesem Verfasser, so muss er sich darüber klar gewesen sein, dass es politische Propaganda gegen die SPD enthält, ohne dass dies offen erklärt ist, d.h. ohne dass die Öffentlichkeit die wahren Hintergründe weiss.

Propagandist des Kanzlers

In der Tat bedient sich der Verfasser in seinem Buch weitgehend billiger Schlagworte der politischen Gegner der Sozialdemokratie. Wenn er von dem "immer wieder in entscheidenden politischen Fragen ausgesprochenen Nein der SPD" spricht, von der "Verneinung", die ihre Politik kennzeichne, vom "ständigen Nein der Opposition", so verzichtet er damit auf Objektivität und übernimmt abgegriffene Slogans, die ihm heute niemand mehr abnimmt. Ebenso einfach ist es, von "utopischen Forderungen oder phantastisch erscheinenden aussenpolitischen Forderungen" der SPD zu reden oder zu behaupten, die Partei habe 1950 ihre klare Linie verloren und sei "in der Inkonsequenz" gelandet, wenn auf eine Beweisführung verzichtet wird. Jedenfalls gibt Uhlig wiederholt seine Meinung kund, die Chance der SPD sei verpasst, weil sie es versäumt habe, sich rechtzeitig der aussenpolitischen Konzeption Dr. Adenauers anzupassen. Z.B. nach dem Scheitern der EWG "die grosse Gelegenheit für die SPD" gewesen, "den nunmehr folgenden Pariser Verträgen zuzustimmen". Auch später war es eine "grosse Gelegenheit" gewesen, "nach einer langen Periode fruchtloser Opposition durch eine eigene Verteidigungskonzeption wieder ins grosse politische Spiel zu kommen".

Eine solche Chance konnte nach Ansicht des Verfassers aber nur in einer Bejahung der Aufrüstung bestehen, denn "Realität bleibt, dass ein Wehrbeitrag notwendig ist". Unsere innenpolitischen Verhältnisse, so meint der Verfasser, bedürften "auch des militärischen Schutzes, selbst

wenn das den Massen unbequem oder überflüssig erscheint". Auch ihm ist klar, dass sich heute nicht genügend Freiwillige finden lassen, um eine Aufrüstung in grossen Masse durchzuführen. Darum wird auch von der SPD verlangt, der Wehrpflicht zuzustimmen.

Kernsätze der SPD unberücksichtigt
- - - - -

Das Buch durchzieht eine Fülle von Sätzen wie "der Versuch ist gescheitert", "die grosse Chance blieb ungenutzt", "der Sprung wurde nicht gewagt", "die SPD blieb bei ihrem Nein", "die Chance hat die Partei verpasst" und daran knüpfen sich Fragen an die Partei, wie sie den nächsten Wahlkampf führen werde. Ob sie, in die Verantwortung gestellt, sich weiterhin an bestehende Verträge gebunden fühle und welches ihre aussenpolitische Linie sein wird. Die Behandlung der Wehrfrage im anlaufenden Wahlkampf macht offenbar nicht geringe Kopfschmerzen.

Bringt die Schrift eindeutig zum Ausdruck, dass die Chance der SPD nach der Meinung des Verfassers verpasst wurde und nur in einer Schwenkung ihrer Politik im Sinne der europäischen Integrationspolitik Dr. Adenauers, seiner Aufrüstungspolitik und auch der von seiner Regierung betriebenen Wirtschafts- und Sozialpolitik Hoffnung für die Zukunft der SPD zu erkennen sei, so enthält das Buch doch auch Abschnitte, in denen sich der Verfasser lobend über die Aktivität der SPD auslässt. Es ist auch nicht zu übersehen, dass ihm für sein Buch offensichtlich eine Fülle von authentischem und dokumentarischem Material zur Verfügung gestanden haben. Viele Zitate aus programmatischen Äusserungen der SPD werden richtig angeführt, besonders auch in der Wiedervereinigungs- und Aufrüstungsfrage und verfehlen ihren Eindruck nicht. Umso bedauerlicher ist es, dass die Schlussfolgerungen des Verfassers ausnahmslos die Kernsätze sozialdemokratischer Politik unberücksichtigt lassen und sich in Schlagworten verlieren.

Des Lobes voll ist der Verfasser, soweit er sich mit der Abwehr der Sozialdemokratie gegen kommunistische Infiltration befasst und über die Aufklärungstätigkeit in der Sowjetzone äussert. Hier spricht er von "grossem Verdiensten und Erfolgen" der SPD und bezeichnet Angriffe gegen sie als "oberflächlich und leichtfertig", die ihr "marxistische Tendenzen im Sinne des Kommunismus unterstellen". Aber das Schlagwort Marxismus ist gleichzeitig auch einer der Hauptpunkte des Buches. Und das hat vielleicht seinen Grund.

Ideologisch vorebelastet
- - - - -

Herr Uelig ist nicht nur Propagandist des Presse- und Informationsamtes unter Dr. Adenauer, er hatte bereits als Referent im "Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda" unter Dr. Joseph Goebbels eine nicht unwichtige Position. Möglicherweise liegen hier die Gründe für einen ausgesprochenen Antimarxismus-Komplex, der die 300 Seiten des Buches durchzieht und darüber hinaus in einem besonderen Kapitel über den "Erlöser" Karl Marx gekrönt wird. Obwohl aus der Grundsatzklärung der Sozialistischen Internationale und aus der SPD-Aktionspro-

6. Juli 1956

gramm die Sätze zitiert werden, mit denen festgestellt wird, dass Sozialisten nicht nur aus marxistischer Überzeugung, sondern auch aus religiösen oder humanitären Grundsätzen den Weg zum Sozialismus finden, wird der Verfasser nicht müde, immer wieder zu betonen, die SPD sei als "marxistische Partei" abgestampelt und Marxismus sei eben in der Meinung des Volkes Bolschewismus. In einer Besprechung muss man sich auf das Wesentliche beschränken. Lange Zitate haben hier nicht Platz. Beschränken wir uns auf die mit unbeschreiblichem Hochmut kommentierte Äußerung Chruschtschows anlässlich des Moskauer Besuches Dr. Adenauers: "Wenn sie Karl Marx, dann werden sie wissen, was in 100 Jahren sein wird." Die letzten 100 Jahre, so meint der Verfasser, hätten Marx schon hinreichend genug widerlegt, wobei er nicht nur Marx mit dem totalitären Bolschewismus identifiziert, sondern alle unwälbenden Folgen von weltgeschichtlicher Bedeutung des Wirkens von Marx einfach ignoriert.

Der Verfasser fordert im Interesse der SPD eine Absage an die gesamte Geschichte der Partei, wenn er wiederholt von ihr die öffentliche Erklärung verlangt, sie habe zwar "unter der Flagge marxistischer Ideale grosse Erfolge" errungen und vieles bleibe noch zu tun, "die Zeit des Klassenkampfes und der Theorien einer ideologischen Vergangenheit sei jedoch vorbei" und die SPD habe sich "von den Träumen eines Karl Marx" zu distanzieren. Hier spielen zweifellos Wunschträume und alte Vorstellungen über das Funktionieren der gesellschaftlichen Ordnung in einem demokratischen Staat eine Rolle. Sie sprechen nur dafür, dass Herr Uhlig auch auf ideologischem Gebiet in einem solchen Maße vorbe-lastet ist, dass er kaum die Eignung mitbringen dürfte, über die Funktion der Sozialdemokratie in unserem Staatswesen und über die von ihr ausgehenden soziologischen Einflüsse eine wirklich objektive Darstellung und ein geistig unabhängiges Urteil abzugeben. Es lohnt sich daher wirklich nicht, sich im einzelnen mit seiner fragwürdigen Antwort auf die Frage nach der Chance der SPD auseinanderzusetzen.

* * *

An unsere Bezieher!

Die nächste Ausgabe unseres Dienstes erscheint Montag, d. 9. Juli 1956.

Verantwortlich: Peter Raunau